



Bericht

der Landesregierung

**Schriftlicher Bericht zur Rohstoff- und Baumaterialversorgung in der
Bauindustrie und dem Bauhandwerk und Auswirkungen auf die schleswig-
holsteinische Wirtschaft**

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Gliederung	Seite
1 Rohstoffversorgung im Nachgang der Corona-Krise	3
1.1 Kurze Einordnung des aktuellen Wirtschaftsumfelds	3
1.2 Preisentwicklung von Vorprodukten für das Baugewerbe	3
2 Auswirkungen auf das Baugewerbe in Schleswig-Holstein	6
2.1 Auswirkungen auf Umsatz, Wertschöpfung und Auftragseingänge	6
2.2 Auswirkungen auf Beschäftigung und Kurzarbeit	8
2.3 Stimmungsbild der Unternehmen im Baugewerbe	10
2.4 Landes- und Bundesbau Schleswig-Holstein	10
2.5 Bauvorhaben der Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein	12
3 Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft insgesamt	13
4 Quellenverzeichnis	14
5 Abbildungsverzeichnis	15

1 Rohstoffversorgung im Nachgang der Corona-Krise

1.1 Kurze Einordnung des aktuellen Wirtschaftsumfelds

Die aktuelle wirtschaftliche Erholung in Deutschland findet in einem Umfeld auch weltweit dynamischen Wirtschaftswachstums statt, getrieben von einer in vielen fortgeschrittenen Ländern beispiellos expansiven Fiskal- und Geldpolitik als Reaktion auf die Corona-Wirtschaftskrise. Auch in Deutschland hat sich mangels Konsummöglichkeiten während des vergangenen Jahres, und mit Unterstützung auf die private Nachfrage gerichteter fiskalpolitischer Impulse, in hohem Maße Konsumkraft aufgestaut. Besonders dort wo die hohe Nachfrage nach Vor- und Endprodukten im Zuge des weltweiten Wiederanlaufens der Wirtschaft auf weit heruntergefahrte oder durch Sondereffekte dezimierte Kapazitäten trifft, wie zum Beispiel nach dem Brand in einer japanischen Halbleiterfabrik, und dort wo Herstellungs- bzw. Transportprozesse nicht beliebig flexibel sind, wie zum Beispiel in der komplexen Logistik des internationalen Container-schiffsverkehrs, ist ein hoher Preisdruck das plausible Ergebnis.

Wie die großen Wirtschaftsinstitute in ihren Sommerprognosen diskutieren, deuten viele Indizien darauf hin, dass die Engpässe bei Vorleistungsgütern als Symptom des aktuellen wirtschaftlichen Umfeldes zu plausibilisieren sind, und als solches ein vorübergehendes, konjunkturelles und kein strukturelles Problem darstellen.¹ Zum einen bleiben die Unternehmen in der Industrie und im Baugewerbe in den Startlöchern, scheinen also von einer mittelfristig positiven Entwicklung auszugehen. In Summe sind ihre Auftragsbücher weiterhin sehr gut gefüllt und großflächige Kurzarbeit oder Entlassungen zeichnen sich bislang nicht ab. Zum anderen dürften sich mit einer weiteren Stabilisierung des weltweiten Pandemiegeschehens die Nachfragemuster wieder weg von Waren und hin zu Mobilität und Dienstleistungen normalisieren. Mit dem Wegfallen der pandemiebedingten Störungen der Wirtschaft sollte auch die Planbarkeit von Herstellungs- und Logistikprozessen wiederhergestellt werden. Auf Grund der komplexen internationalen Pandemiedynamik, die weltweit sehr unterschiedliche Muster wirtschaftlicher Erholung mit sich bringt, und auf Grund der Vielfalt bei den angebotsseitigen Problemen, ist kaum bestimmbar, wann genau sich die Engpässe bei den Vorleistungsgütern auflösen werden. In den Basisszenarien ihrer Prognosen gehen die Wirtschaftsinstitute überwiegend von einer schrittweisen Normalisierung ab Beginn der zweiten Jahreshälfte 2021 aus.

1.2 Preisentwicklung von Vorprodukten für das Baugewerbe

Nach Bundesland gegliederte Preisindizes sind in der amtlichen Statistik nicht vorhanden. Die Betrachtung der Preisentwicklung von Vorprodukten für das Baugewerbe greift deshalb auf die für ganz Deutschland vom Statistischen Bundesamt erhobenen

¹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2021), Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2021), RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2021), ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. (2021), Institut für Wirtschaftsforschung Kiel (2021).

Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte zurück.² Die aus der Bauwirtschaft gemeldeten Probleme beziehen sich nicht auf ein hohes Preisniveau sondern auf einen starken und unerwarteten Preisanstieg. Betriebe, die lange vor Baubeginn auf Basis niedrigerer Preiserwartung ein Angebot kalkuliert und vertraglich fixiert hatten, beschaffen nun zu einem deutlich gestiegenen Preis ihr Material, was ohne Nachverhandlungen oder anderweitige Absicherung ihre Marge schmälert, bis hin zu einem Verlust der Kostendeckung.

Seit Jahresbeginn hat bei den Vorleistungsgütern insgesamt, also bei den Vorprodukten für alle Wirtschaftsbereiche, eine Preissteigerung eingesetzt, die sich am aktuellen Datenrand (Mai 2021) noch beschleunigt. Gegenüber Dezember 2020 lagen die Preise für Vorleistungsgüter im Mai 2021 um 9,1 Prozent höher. Eine ähnliche Entwicklung ist in diesem Zeitraum auch für die meisten der Güterabteilungen zu beobachten, denen die Vorprodukte für die Bauwirtschaft hauptsächlich entstammen. Sehr hohe Steigerungsraten verzeichnen die Gütergruppen „Metalle“ (+ 18 Prozent), „Holz u. Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel“ (+ 13,4 Prozent) sowie „Chemische Erzeugnisse“ (+10,4 Prozent). In Ansetzen ist eine ähnliche Entwicklung auch für die Gütergruppen „Gummi- und Kunststoffwaren“ (+ 4,4 Prozent) sowie „Metallerzeugnisse“ (+ 3,2 Prozent) festzustellen. Die Gütergruppen „Steine und Erden, sonst. Bergbauerzeugnisse“ (+ 1,5 Prozent) und „Glas und Glaswaren, Keramik, Steine und Erden“ (+ 2,0 Prozent) sind am aktuellen Rand nicht von auffälligen Preissteigerungen betroffen.

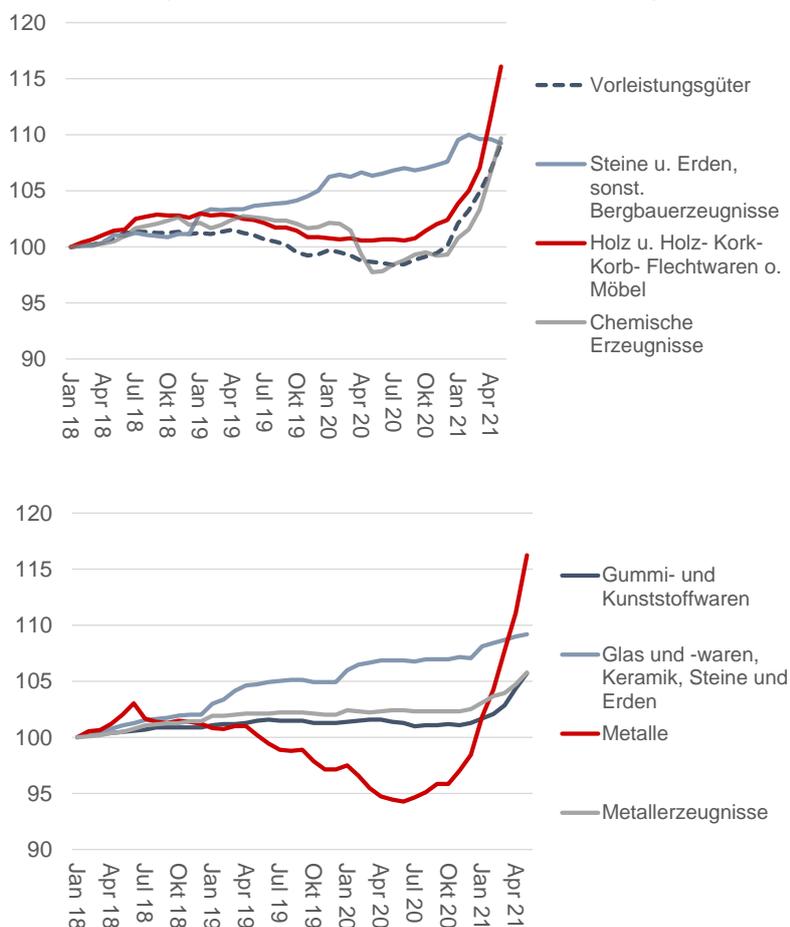


Abbildung 1

Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte für Vorleistungsgüter insgesamt und für Güterabteilungen mit besonders relevanten Vorprodukten für die Bauwirtschaft. Angaben in Prozent (Januar 2018 = 100 Prozent); eigene Berechnungen (Statistisches Bundesamt, 2021a).

Steigerungsraten verzeichnen die Gütergruppen „Metalle“ (+ 18 Prozent), „Holz u. Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel“ (+ 13,4 Prozent) sowie „Chemische Erzeugnisse“ (+10,4 Prozent). In Ansetzen ist eine ähnliche Entwicklung auch für die Gütergruppen „Gummi- und Kunststoffwaren“ (+ 4,4 Prozent) sowie „Metallerzeugnisse“ (+ 3,2 Prozent) festzustellen. Die Gütergruppen „Steine und Erden, sonst. Bergbauerzeugnisse“ (+ 1,5 Prozent) und „Glas und Glaswaren, Keramik, Steine und Erden“ (+ 2,0 Prozent) sind am aktuellen Rand nicht von auffälligen Preissteigerungen betroffen.

Auch wenn zurzeit in vielen Produktgruppen Preissteigerungen auftreten, erfährt besonders die Entwicklung der Preise für Bauholz große Aufmerksamkeit. Eine nähere Betrachtung der Güterabteilung „Holz

² Für die Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte werden monatlich bei einer deutschlandweit repräsentativen Auswahl gewerblicher Unternehmen Preise erhoben und mit Umsatzanteilen gewichtet zu Indizes für die Kategorien des Güterverzeichnis zusammengefasst. Die Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte des Statistischen Bundesamtes bilden auch die Grundlage für die Anwendung des Formblattes „Stoffpreisgleitklausel“ im Vergabehandbuch des Bundes (VHB).

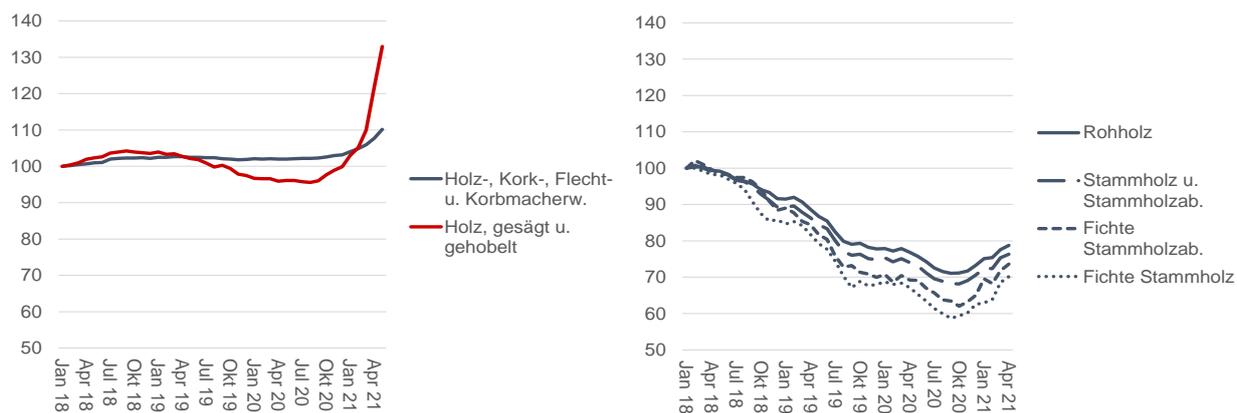


Abbildung 2

Das linke Panel zeigt die Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte für die Gütergruppen der Güterabteilung „Holz u. Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel“ (Statistisches Bundesamt, 2021a). Das rechte Panel zeigt besonders relevante Erzeugerpreisindizes der Produkte des Holzeinschlages in Staatsforsten (Statistisches Bundesamt, 2021b). Angaben jeweils in Prozent (Januar 2018 = 100 Prozent); eigene Berechnungen.

und Holz-, Kork, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel“ (vgl. Abbildung 2) offenbart, dass vor allem „Holz gesägt und gehobelt“ seit Jahresbeginn deutlichen Preissteigerungen unterliegt. Gegenüber Dezember 2020 lagen Preise für „Holz gesägt und gehobelt“ im Mai 2021 um 33,1 Prozent höher. Die auffälligen Preissteigerungen am aktuellen Rand zeigen sich bisher vor allem auf dem Markt für Schnittholz. Auf dem Rohholzmarkt erzielen die Waldbesitzer zurzeit überwiegend Holzpreise, die gegenüber dem Stand vor den Dürresommern 2018 und 2019 deutlich gesunken sind, da das Holzangebot durch die Schadholzanfälle hoch ist. Schadholz lässt sich nur eingeschränkt verwenden, als Bauholz wird zum Beispiel Frischholz benötigt. Um dem Preisverfall entgegenzuwirken und die notwendige Räumung des Schadholzes zu begünstigen, hatte der Bund auf der Grundlage des Forstschädenausgleichsgesetzes für den Zeitraum vom 1. Oktober 2020 bis zum 30. September 2021 eine Einschlagsbeschränkung erlassen. Damit wird der ordentliche Holzeinschlag (Frischholz) bei der Fichte auf 85 Prozent des durchschnittlichen Hiebssatzes begrenzt. Die Preisindizes für Rohholz aus deutschen Staatsforsten³ ziehen seit Beginn des letzten Quartals 2020 wieder etwas an, gerade auch für als Bauholz verwertbares Fichtenholz (Kategorien „Fichte Stammholz“ und „Fichte Stammholzabschnitte“). Der Preisanstieg für Rohholz bleibt bisher aber im Vergleich zum Preisanstieg auf dem Schnittholzmarkt sehr moderat. Maßgeblich verantwortlich für die Entwicklung auf dem Schnittholzmarkt scheint eher die stark angezogene Nachfrage in China und den Vereinigten Staaten von Amerika, welche die Kapazitäten in den hiesigen Säge-, Holz- und Imprägnierwerken stark beansprucht. So stiegen Exporte von Rohholz im Jahr 2020 um 42,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, was den hiesigen Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerken Rekordumsätze bescherte (Statistisches Bundesamt, 2021f). Verschiedentlich wurde bereits über fallende Preise für Schnittholz an den Warenterminbörsen berichtet, Erkenntnisse, dass diese Entwicklung sich auf die Beschaffung von Schnittholz in Schleswig-Holstein auswirken würde, liegen aber noch nicht vor.

³ Die entsprechenden Preisindizes bezieht sich allein auf den Holzeinschlag in Staatsforsten (Landes- und Bundeswald, nicht aber Körperschafts- und Privatwald). Im Jahr 2020 kam etwa ein Drittel des gesamten Holzeinschlages aus Staatsforsten (Statistisches Bundesamt, 2021c).

2 Auswirkungen auf das Baugewerbe in Schleswig-Holstein

2.1 Auswirkungen auf Umsatz, Wertschöpfung und Auftragseingänge

In den vergangenen Jahren eilten Umsätze und Wertschöpfung im Baugewerbe von Rekord zu Rekord, mit erheblichen Preissteigerungen bei Bauleistungen als Begleiterscheinung der zunehmend ausgelasteten Kapazitäten. Das Volumen der Arbeitsstunden während des Corona-Jahres 2020 im Bauhauptgewerbe (Abbildung 3) und im Ausbaugewerbe (Abbildung 4) legt nahe, dass Bauleistungen während der Krise ganz überwiegend weiterhin erbracht werden konnten.

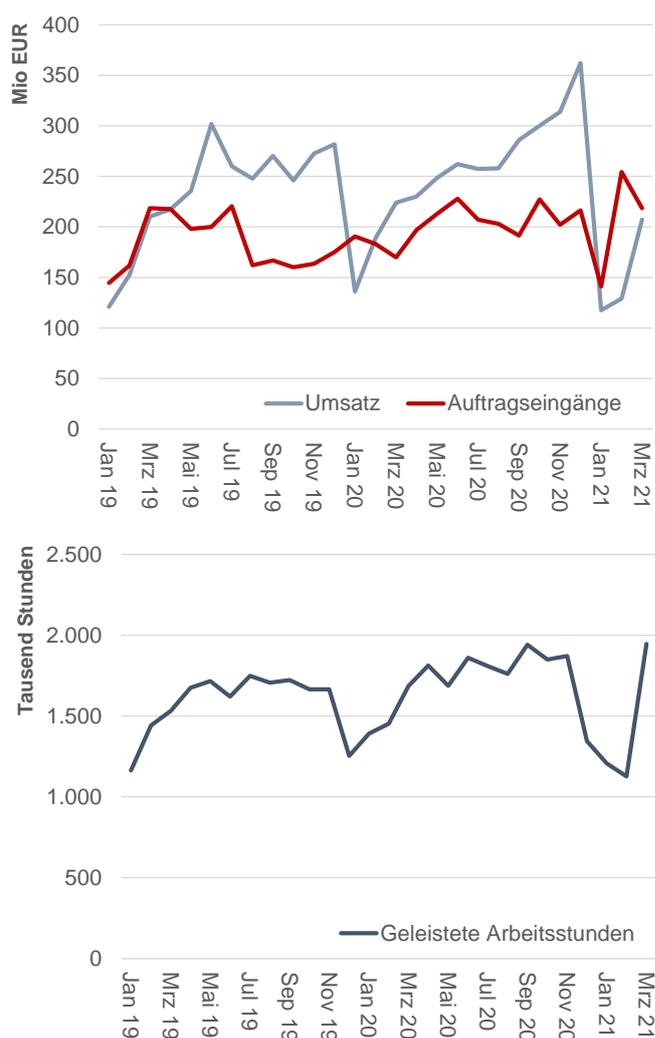


Abbildung 3

Umsatz, Auftragseingang und Arbeitsstunden in Betrieben mit 20 bzw. 23 und mehr tätigen Personen im Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein, ohne Umsatzsteuer (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2021).

Auf Landesebene liegen gesamtwirtschaftliche Statistiken für das laufende Jahr noch nicht vor, da sie einem Halbjahresturnus folgen. In Deutschland insgesamt sank die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im ersten Quartal 2021 saison-, kalender- und preisbereinigt um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Ohne Preisbereinigung lag der Einbruch bei 2,5 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2021e). Gegenüber dem Vorjahresquartal lag die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im ersten Quartal 2021 um preisbereinigt 3,6 Prozent niedriger, ohne Preisbereinigung wuchs sie sogar, und zwar um 2,7 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2021d). Der deutliche Einfluss der Preisbereinigung legt nahe, dass die Bauunternehmen Preiserhöhungen jedenfalls teilweise an die Endkunden weitergeben konnten. Die Sommerprognose des Ifo-Institutes rechnet unter der Annahme, dass sich die Materialengpässe ab Beginn des zweiten Halbjahres bis Jahresende wieder auflösen, mit einem Wachstum der BWS im Baugewerbe von 2,1 Prozent für das Gesamtjahr 2021 (ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V., 2021).

Anstelle der Bruttowertschöpfung können für eine Beurteilung der Lage im schleswig-holsteinischen Baugewerbe Umsätze, Auftragseingänge und das Volumen der Arbeitsstunden herangezogen werden. Diese Kennzahlen werden monatlich vom Statistischen Landesamt veröffentlicht. Nach einem sehr guten letzten Quartal 2020 sind die Umsätze im Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein Anfang 2021 stark gefallen. Im ersten Quartal 2021 lagen sie um 17,3 Prozent niedriger als noch im ersten Quartal 2020. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Entwicklung allein auf stark steigende Preise bei Vorleistungsgütern zurückzuführen ist. Vorzieheffekte auf Grund des Auslaufens der Mehrwertsteuersenkung zum Jahreswechsel und eine ungewöhnlich schlechte Witterung im Januar dürften dazu ebenfalls nicht unerheblich beigetragen haben. Die Auftragslage der Unternehmen im Bauhauptgewerbe ist allerdings weiterhin ausgesprochen gut und erreichte im ersten Quartal einen neuen Rekordwert. Die Auftragseingänge lagen im ersten Quartal 2021 um 12,9 Prozent über dem Wert des Vorjahresquartals. Im Ausbaugewerbe stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahresquartal um 13,1 Prozent an, begleitet von einem ebenfalls kräftigen Anstieg der geleisteten Arbeitsstunden.

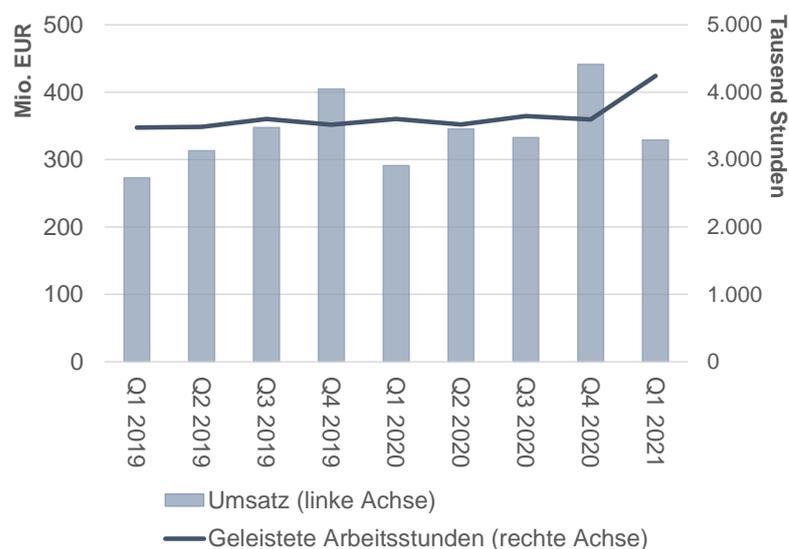


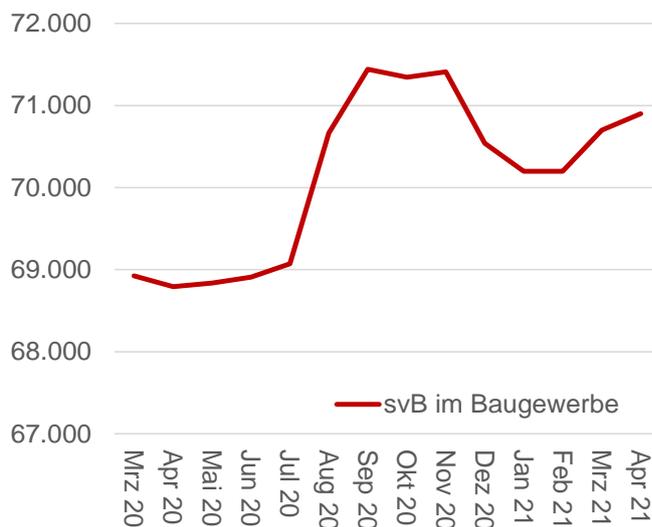
Abbildung 4

Umsatz und Arbeitsstunden in Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen im Ausbaugewerbe in Schleswig-Holstein, ohne Umsatzsteuer (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2021).

2.2 Auswirkungen auf Beschäftigung und Kurzarbeit

Negative Auswirkungen der etwa seit Jahresbeginn auftretenden starken Preissteigerungen bei Vorprodukten auf die Beschäftigung im Baugewerbe insgesamt sind bislang nicht erkennbar. Im April lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (svB) im Baugewerbe um 2.100 Personen über dem Stand des Vorjahresmonats, was einem Anstieg von 3,1 Prozent entspricht (vgl. Abbildung 5). Nach einer verhaltenen Entwicklung während der ersten Monate der Corona-Krise folgte im zweiten Halbjahr 2020 ein zügiger Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Ihr Absinken zu Anfang des Jahres 2021 und der ab März wieder einsetzende Aufwuchs folgen der im vorigen Abschnitt erläuterten Umsatzentwicklung. Eine Betrachtung der längerfristigen Entwicklung separat für das Bauhaupt- und für das Ausbaugewerbe (vgl. Abbildung 6) zeigt auf, dass die Beschäftigungsentwicklung in beiden Branchen im Rahmen der üblichen Saisonalität weiter aufwärtsgerichtet ist.

Die Verschärfung der Materialknappheit im Baugewerbe schlägt sich bislang ebenfalls nicht in den Anmeldungen für konjunkturelles Kurzarbeitergeld (KuG) in Schleswig-Holstein nieder (Bundesagentur für Arbeit Reginaldirektion Nord, 2021). Auch ein Blick



auf den Teilbereich Hochbau oder den Teilbereich Dachdeckerei und Zimmerei lässt keinen ungewöhnlichen Anstieg erkennen, obwohl diese Bereiche stark von steigenden Schnittholzpreisen betroffen sein dürften. In starkem Kontrast hierzu stehen die großen Ausschläge der KuG-Anmeldungen auch im Baugewerbe zu Beginn der Corona-Krise, als ein hohes Maß an Unsicherheit und massive Einschränkungen des Wirtschaftens konjunkturpolitisches Handeln unumgänglich machten.

Abbildung 5

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Baugewerbe mit Arbeitsort Schleswig-Holstein, am aktuellen Rand Hochrechnungen (Bundesagentur für Arbeit Reginaldirektion Nord, 2021).

Das ifo Institut untersuchte in seiner jüngsten Konjunkturprognose (ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V., 2021) auf Basis seiner regelmäßigen Unternehmensbefragungen für Deutschland insgesamt, ob von

Engpässen betroffene Bauunternehmen verstärkt Kurzarbeit anmelden oder sogar Entlassungen in Betracht ziehen. Tatsächlich planen von Engpässen betroffene Bauunternehmen im Schnitt eher ihre Beschäftigung auszuweiten als andere Unternehmen. Ein erkennbarer positiver Zusammenhang zwischen Engpässen und einer Ausweitung von Kurzarbeit besteht nicht, höchstens in Ansätzen ganz am aktuellen Rand. In Kombination mit der guten Auftragslage wertet das Ifo-Institut die stabilen Beschäftigungsabsichten als ein Indiz dafür, dass die Engpässe bei Vorprodukten für die Bauwirtschaft eher eine kurzfristige Folge der hohen Nachfrage als ein mittelfristiges Wachstumshemmnis darstellen.

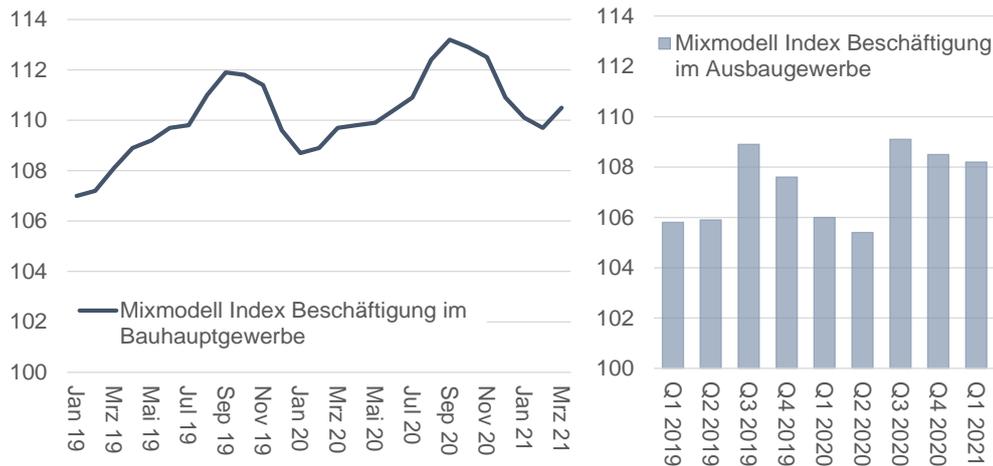


Abbildung 6

Indexwerte (2015=100) für die Beschäftigung im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. Das Mixmodell ergänzt die Daten der Erhebungen bei Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen mit Daten der Finanzverwaltung und der Bundesagentur für Arbeit, um die konjunkturelle Entwicklung im gesamten Bauhaupt- und Ausbaugewerbe abzubilden (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2021).

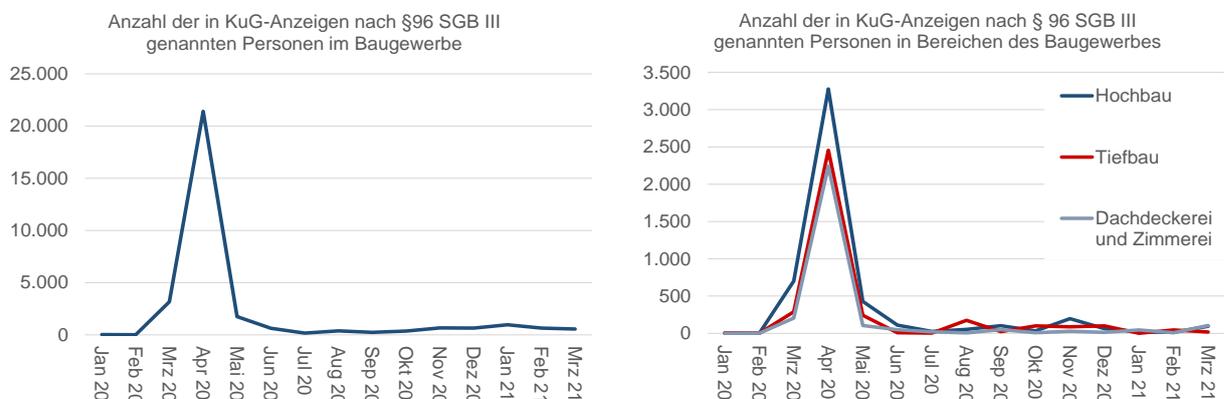


Abbildung 7

Die Graphik stellt den zeitlichen Verlauf der in Anzeigen konjunkturellen Kurzarbeitergeldes nach § 96 SGB III genannten Personen im Baugewerbe insgesamt sowie in seinen Teilbereichen dar. Da die Statistiken zu realisierter Kurzarbeit erst mit fünf Monaten Nachlauf vorliegen und die Preise von Vorprodukten für das Baugewerbe besonders seit Anfang des Jahres 2021 zunehmend steigen, ist die Zahl der Anzeigen der geeignetere Konjunkturindikator. Es muss bei der Interpretation allerdings beachtet werden, dass nur ein Teil der angezeigten Kurzarbeit auch realisiert wird (Bundesagentur für Arbeit, 2021).

2.3 Stimmungsbild der Unternehmen im Baugewerbe

Die Handwerkskammer Schleswig-Holstein (HWK) hatte das Problem anziehender Preissteigerungsraten bei Vorprodukten für das Baugewerbe gegenüber dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) erstmalig im Rahmen des Mittelstandsbeirates am 11. März 2021 adressiert. Neben einer ausführlichen Beschreibung der Probleme liegen dem MWVATT auch Ergebnisse eines von der HWK ermittelten Stimmungsbildes der schleswig-holsteinischen Bauunternehmen vor (Handwerkskammer Schleswig-Holstein, 2021).

Die Knappheit der Vorprodukte für die Bauwirtschaft schlägt sich nicht nur in gestiegenen Preisen nieder, es kommt verbreitet auch zu Verzögerungen oder Ausfällen von Lieferungen. Etwas mehr als die Hälfte der am Stimmungsbild teilnehmenden Handwerksbetriebe berichtet für das laufende zweiten Quartal 2021 von Problemen bei der Beschaffung von Materialien, Vorprodukten oder Betriebsmitteln. Mehr als die Hälfte der am Stimmungsbild teilnehmenden Handwerksbetriebe gibt an, Aufträge teilweise nicht mehr kostendeckend ausführen zu können. Eine große Mehrheit der teilnehmenden Betriebe des Bauhauptgewerbes und alle teilnehmenden Zimmereien berichten von Verknappungen beim Vorprodukt Holz. Im Ausbauhandwerk wird schwerpunktmäßig von einer geringen Verfügbarkeit von Metallen und Kunststoffen berichtet, im Handwerk für den gewerblichen Bedarf von einem Mangel an Metallen. Laut HWK ist bei Grundbaustoffen wie Holz, Holzwerkstoffplatten, Holzfaserplatten, Dämmstoffen und Kunststoffen eine verlässliche Kapazitätsplanung aktuell nicht möglich. Die Bauunternehmen erhalten bei ihren Lieferanten zurzeit keine verbindlichen Preisangaben, da Preise sich nach Lieferterminen und nach dem Kontingent richten, dass dem Lieferanten zugewiesen wird. Kostensteigerungen sind vor allem für jene Betriebe ein Problem, die feste Kontrakte mit Liefertermin einschließlich Vertragsstrafen eingegangen sind. Das betrifft laut HWK besonders Holzbaubetriebe, die nach einer formalen Ausschreibung für die öffentliche Hand arbeiten.

Laut Angaben der HWK reagieren die Unternehmen des Baugewerbes indem sie grundsätzlich Preisgleitklauseln in ihre Angebote aufnehmen. An öffentlichen Vergabeverfahren nehmen sie nicht mehr teil, sofern ohne Preisgleitklausel ausgeschrieben wurde, was laut HWK noch flächendeckend der Fall ist. Eine Anmeldung von Kurzarbeit ist dem Stimmungsbild der HWK zufolge noch der absolute Ausnahmefall und kaum ein am Stimmungsbild teilnehmendes Handwerksunternehmen plant in Zukunft auf Kurzarbeit zurückzugreifen. Die HWK berichtet, dass Lieferverzögerungen zum Beispiel ohne Inanspruchnahme von KuG ausgeglichen werden können, indem zusätzlich Reparatur- und Kleinstaufträge mit geringem Vorlauf bei Privatkundschaft akquiriert werden.

2.4 Landes- und Bundesbau Schleswig-Holstein

Der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR (GMSH) sind im Landes- und Bundesbau für das erste Quartal keine gravierenderen Problemfälle mit Preissteigerungen aufgrund von Rohstoffknappheit bekannt. Waren Anfang des Monats Juni die ersten vereinzelt Fälle zu beobachten, so kommt es inzwischen aber zu einem sprunghaften Anstieg von Anfragen nach Stoffpreisgleitklauseln beziehungsweise zu Aussagen

von Bietern aufgrund der aktuellen Preisentwicklungen von Baustoffen am Markt, keine festen Preise mehr anbieten zu können.

Auf der vorhandenen Datengrundlage, die das erste Quartal 2021 abdeckt, sind keine auffälligen Preissteigerungen zwischen Schätzung und Submission im Vergabeprozess festzustellen. Im Jahr 2021 wurden alle Einzelvergaben (ohne Rahmenverträge und ohne Vergaben ohne Angebote) des Landes- und Bundesbaus mit Submissionen bis Ende März 2021 auf insgesamt 73,8 Millionen Euro geschätzt und mit insgesamt 86,6 Millionen Euro submittiert. Diese auf den ersten Blick vorliegende Preissteigerung liegt aber darin begründet, dass eine einzige Vergabe im Landesbau, die auf 35,6 Millionen Euro geschätzt wurde, mit 51,6 Millionen Euro submittiert wurde. Diese Preissteigerung ist nicht auf die Erhöhung von Rohstoffpreisen zurückzuführen. Dies verfälscht die Tatsache, dass bei deutlich mehr Vergaben die Schätzung höher war (im Verhältnis 66 Vergaben zu 104 Vergaben) und insofern im ersten Quartal 2021 keine überraschenden Preissteigerungen aufgetreten sind.

Das Interesse der Unternehmen an den von der GMSH ausgeschriebenen Bauleistungen nahm auch zuletzt stetig zu. Im Jahr 2018 lag die Zahl der Angebote pro Vergabeverfahren bei 3,0 und im laufenden Jahr bisher bei 4,3 Angeboten pro Vergabeverfahren. Das generelle Interesse der Unternehmen an den von der GMSH ausgeschriebenen Bauleistungen hat damit während der Corona-Krise bisher sogar besonders zugenommen.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat am 21. Mai 2021 mit seinem Erlass BW I 7 - 70437/9#3 zur Anwendung der Richtlinie zum Formblatt 225 „Stoffpreisgleitklausel“ des Vergabehandbuches des Bundes (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2021) bekräftigt, dass die bisher vor allem in Verbindung mit schwankenden Stahlpreisen zum Einsatz kommenden Stoffpreisklauseln auch für andere Stoffe eingesetzt werden können. Unter Umständen ist dies auch in laufenden Vergabeverfahren nachträglich noch möglich. Der Erlass des BMI wurde nachfolgend mittels Anwendungserlass des Amtes für Bundesbau (AfB) vom 26. Mai 2021 für den Geschäftsbereich Bundesbau (GBB) der GMSH eingeführt. Das Finanzministerium hat die Hinweise des BMI auch für den Geschäftsbereich Landesbau der GMSH (GBL) eingeführt. Es wurde vom Bundes- und Landesbau zunächst im Rahmen von Ausschreibungen nicht vermehrt von der Möglichkeit der Nutzung der Preisgleitklauseln Gebrauch gemacht, da die bietenden Bauunternehmen keine entsprechenden Anforderungen gegenüber der GMSH formulierten. Aktuell ändert sich die Sachlage sprunghaft, mit einer deutlich erhöhten Zahl von Anfragen nach Stoffpreisklauseln.

Bei bestehenden Verträgen kommt eine Anpassung der Preise und Lieferfristen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen in Betracht. Es gab bis vor kurzem keine nennenswerte Anzahl von Preissteigerungen bei festgelegten Vertragsinhalten. Aktuell zeigen sich bei laufenden Bauprojekten Probleme mit den Lieferfristen von Holz, Dämmmaterial und Entwässerungssystemen (Kunststoff). Seit Mitte Mai 2021 sind die ersten Fälle von durch die Auftragnehmer kommunizierten Materialpreissteigerungen bei bereits laufenden Bauvorhaben in der GMSH eingetroffen. Es wird jeweils in eine Einzelfallprüfung eingetreten, da das Kostenrisiko bei einem abgeschlossenen Vergabeverfahren auf Seiten des Auftragnehmers liegt. Sofern dem Land durch eine mögliche Kündigung des Vertrages ein größerer Schaden entstehen könnte, ist im Rahmen der Einzelfallprüfung die Freigabe von Mehrkosten möglich.

2.5 Bauvorhaben der Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein

Bei den Bauvorhaben der Kommunalverwaltungen machen sich die Auswirkungen der Rohstoffknappheit bereits deutlich bemerkbar. Landesweit sind nach Abschätzung der Nachprüfstelle des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung (MILIG) etwa 95 Prozent der Bauvorhaben der Kommunalverwaltungen von unvorhersehbaren Preissteigerungen direkt betroffen. Während der vergangenen drei Monate haben sich die Probleme zunehmend verfestigt. Die Kommunalverwaltungen beschaffen regelmäßig im Unterschwellenbereich, der den überwiegenden Anteil der öffentlichen Aufträge ausmacht, und sie sind somit bei unüblichen Marktschwankungen breitenwirksam betroffen. Die Verknappung und Verteuerung des Rohstoffes Holz nimmt dabei eine besondere Rolle ein. Die Mehrheit der Pult- oder Satteldachkonstruktionen im Wohn-, Geschäfts- und Gewerbebau in SH werden traditionell aus Holz gefertigt, weil hier eine effiziente Materialausnutzung bei niedrigen Erzeugerpreisen möglich ist.

Die Anzahl der ergebnislosen öffentlichen Vergabeverfahren steigt aktuell stetig weiter an. Auch ein Heranziehen des Instrumentes von Ausschreibungsformen mit einer großen Biaternähe für die Vergabe von öffentlichen Bauleistungen bis zur Verhandlungsvergabe (Freihändige Vergabe) bleibt – als Reaktion auf eine mangelnde Unternehmensbeteiligung am Wettbewerb – mehrheitlich erfolglos. Die Kommunalverwaltungen haben seit Ende Mai stetig die Nachfrage nach Lösungsansätzen intensiviert.

Vorrangig wurde der Wunsch nach Vorgaben für die Anwendungen von Preisgleitklauseln unter anderem durch die Kommunen in Schleswig-Holstein vorgetragen, um den Unternehmen das unvorhersehbare kalkulatorische Wagnis abzunehmen. In Abstimmung mit den Ressorts erfolgte am 11. Juni 2021 auf dem 53. Schleswig-Holsteinischer Bau- und Vergaberechtstag der ARGE e.V. eine Empfehlung für den Einsatz von Preisgleitklauseln bei Kommunalen Bauvorhaben in Schleswig-Holstein in Anlehnung an den Erlass des BMI vom 21. Mai 2021. Nachverhandlungen nach erfolgter Auftragserteilung sind zusätzlich im Rahmen eines geordneten Verfahrensablaufes zur Sicherung der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsmittelvergabe auf der Grundlage desselben Erlasses möglich. Haushaltsrechtlich ist eine preisliche Nachverhandlung nach erfolgter Auftragserteilung im öffentlichen Haushalt einzuplanen, zu genehmigen, zu dokumentieren und zu begründen. Bislang erfolgten Nachverhandlungen in der Praxis nur in Einzelfällen. Der Arbeitsaufwand ist erfahrungsgemäß als hoch einzustufen und setzt eine profunde Fachkenntnis voraus.

3 Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft insgesamt

Zum aktuellen Zeitpunkt fehlt noch die Datengrundlage, um die Auswirkung der Lieferengpässe im Baugewerbe auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft insgesamt genau beziffern zu können. Statistiken zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf Landesebene werden im Halbjahresturnus veröffentlicht (die nächste Veröffentlichung ist für Ende September vorgesehen), bilden also die hohen Preissteigerungsraten von Anfang des Jahres noch nicht ab. Allerdings wäre es auch mit vorhandener Datengrundlage keine leichte Aufgabe den Einfluss der Materialengpässe im Baugewerbe herauszuidividieren, da Annahmen getroffen werden müssten, wie das Alternativszenario ohne Lieferengpässe genau ausgesehen hätte. In ihren Sommerprognosen billigen die Wirtschaftsinstitute den Materialengpässen insgesamt eine gewichtige Rolle für das aktuelle Stagnieren der Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe zu.⁴ Daran hat die Entwicklung des Baugewerbes aber vermutlich nicht den Hauptanteil, denn das Verarbeitende Gewerbe erzeugt sogar in Schleswig-Holstein noch etwa das Zweifache der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes und ist ebenfalls auf breiter Front von Materialengpässen betroffen.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass hohe Preise für Bau-Vorprodukte (bzw. -rohstoffe) tendenziell eine Chance für Recyclingbaustoffe bieten, deren aufwändige Herstellung häufig wirtschaftlich im Wettbewerb mit Primärrohstoffen schwierig ist, und dass eine stärkere Nutzung recyclingfähiger (regionaler) Baustoffe das Land Schleswig-Holstein etwas unabhängiger vom Weltmarkt machen würde. Die Landesregierung ist aus diesem Grunde auch bestrebt, in ihrem eigenen Bereich den Einsatz von Recyclingbaustoffen zu stärken. Bei Baumaßnahmen an Landesliegenschaften sollen auch deshalb und aus Gründen des Klimaschutzes zukünftig nachwachsende, recycelte oder recyclingfähige Baumaterialien standardmäßig verwendet werden.

⁴ Das Produzierende Gewerbe umfasst die Bereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, „Verarbeitendes Gewerbe“, „Energieversorgung“, „Wasserversorgung, Entsorgung“ und das Baugewerbe.

4 Quellenverzeichnis

Bundesagentur für Arbeit. 2021. Geprüfte Anzeigen über Kurzarbeit und realisierte Kurzarbeit. 29. April 2021.

Bundesagentur für Arbeit Reginaldirektion Nord. 2021. Monatsbericht Juni 2021 Presseinformation Nr. 024/2021. *Der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein*. Stand: 30. Juni 2021.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. 2021. Lieferengpässe und Stoffpreisänderungen diverser Baustoffe BW I 7 - 70437/9#3. 21. Mai 2021.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung . 2021. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2021. *DIW Wochenbericht 23+24*. Stand: Juni 2021.

Handwerkskammer Schleswig-Holstein. 2021. Zusatzfragen und Ergebnisse aus der aktuellen Konjunkturumfrage II. Quartal 2021 zum Thema Knappheit wichtiger Materialien, Vorprodukte oder Betriebsmittel. Stand: 23. Juni 2021.

ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. 2021. ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen. *ifo Schnelldienst*. Stand: 16. Juni 2021.

Institut für Wirtschaftsforschung Kiel. 2021. Deutsche Wirtschaft im Sommer 2021 Nr. 80. *Kieler Konjunkturberichte*. Stand: 17. Juni 2021.

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle. 2021. Konjunktur aktuell 2/2021, 9. Jahrgang. Stand: 15. Juni 2021.

RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. 2021. Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2021 Jahrgang 72 Heft 2. *RWI Konjunkturberichte*. Stand: 16. Juni 2021.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. 2021. Das Baugewerbe in Schleswig-Holstein März 2021. *Statistische Berichte Kennziffer: E II 1/E III 1 - m 3/21 SH*. Stand: 15. Juni 2021.

Statistisches Bundesamt. 2021a. Erzeugerpreisindex für Gewerbliche Produkte: Deutschland, Monate, Güterverzeichnis (GP2009 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller). 2021a. Stand: 28. Juni 2021.

— **2021b.** Erzeugerpreisindizes der Produkte des Holzeinschlags aus den Staatsforsten: Deutschland, Monate, Produkte des Holzeinschlags. 2021b. Stand: 29. Juni 2021.

— **2021c.** Holzeinschlag: Deutschland, Jahre, Holzsorten, Holzartengruppen, Waldeigentumsarten. 2021c. Stand: 29. Juni 2021.

— **2021d.** Inlandsproduktberechnung Vierteljahresergebnisse. *Fachserie 18 Reihe 1.2*. 2021d. 25. Mai 2021.

- . **2021e.** Inlandsproduktberechnung Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse.
Fachserie 18 Reihe 1.3. 2021e. Stand: 25. Mai 2021 .
- . **2021f.** Pressemitteilung Nr. N 031. 2021f. Stand: 10. Mai 2021.

5 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1.....	4
Abbildung 2.....	5
Abbildung 3.....	6
Abbildung 4.....	7
Abbildung 5.....	8
Abbildung 6.....	9
Abbildung 7.....	9